

DEBATTE

GUDRUN KATTNIG
wirft Familienminister Mitterlehner Ahnungslosigkeit vor.



Der Familienminister versteht nichts

Je mehr Kinderbetreuungsplätze wir anbieten, umso besser für die Entwicklung der Kinder. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Kinder aus Kinderkrippen bessere Bildungs-, Entwicklungs- und Zukunftschancen besitzen als Kinder mit nur einer Bezugsperson.“

Mit dieser Aussage des Herrn Familienministers Reinhold Mitterlehner hat selbiger recht eindrücklich dargelegt, was er von Entwicklungsneurobiologie und Bindungsforschung versteht: nichts. Den Nachweis seiner Aussage wird er erbringen müssen. Wir sind ganz Ohr.

Bindung kommt vor Bildung. Ohne gelungene Bindung ist die Bildungsfähigkeit eines Menschen zeitlebens eingeschränkt. Zu keinem Zeitpunkt gab es klarere und fundiertere

„Mitterlehner wäre gut beraten, sich kundig zu machen. Man fragt sich, für wen er als Lobbyist fungiert. Sicher nicht für die Kinder.“

Belege dafür, dass ein Kind in den ersten Jahren hauptsächlich die eine exklusive Bezugsperson braucht. Die Lektüre von Dr. John Bowlby oder auch Prof. Ralph Dawirs sei wärmstens empfohlen. Für eine gesunde Entwicklung sind die sogenannten „3 V“-Bezugspersonen unerlässlich: vertraut, verfügbar und verlässlich. Ein Kind braucht gerade in der Phase, in der sein Gehirn sich entwickelt, nicht die vielen Beziehungen. Es braucht die Geborgenheit einer sicheren, liebenden, schützenden und nährenden Beziehung. Dies ist Grundlage für alles andere. Der Herr

Familienminister wäre gut beraten, sich kundig zu machen. Auch sollte er vielleicht einmal den Alltag einer Krippe kennenlernen, wo 2 bis 3 Betreuerinnen für 20 kleine Kinder zuständig sind. Es fällt doch irgendwie auf, dass Politiker ihre eigenen Kinder lieber privat betreuen lassen. Wieso?

Abgesehen, dass seine Aussage jeder Grundlage entbehrt, ist sie ein Schlag ins Gesicht vieler Eltern, die sich mühen, ihren Kindern das Beste zukommen zu lassen. Wer vor allem in den ersten Lebensjahren ganz für seine Kinder da sein möchte, dem weht ein zunehmend raues Lüftchen um die Nase. Man – meistens eher frau - steht damit in Verruf, nicht bereit zu sein, der Gesellschaft eine Mehrleistung zu erbringen. Womöglich wird durch das Vorenthalten der Arbeitskraft gar das europäische Wohlstandsprojekt gefährdet. Vor allem die Mütter sollten so rasch als möglich in den Erwerb und die Kleinen eben in die Krippe. Denn die Wirtschaft braucht die Arbeitskraft der Frau und Kinderkrippen fördern angeblich den Arbeitsmarkt. Mann/Frau fragt sich nur, für wen der Familienminister eigentlich als Lobbyist fungiert. Für die Kinder sicher nicht. Und auch nicht für die Mütter. Die warten seit Langem darauf, dass ihre Arbeit für und in der Familie endlich als das anerkannt wird, was sie für alle ist: unersetzlich.

Am kommenden Sonntag werden die Mütter wieder in den Himmel gejubelt – im richtigen Leben haben sie herzlich wenig Lobby, wie uns eindrücklich vor Augen geführt wird. **Gudrun Kattinig** ist Geschäftsführerin des Familienverbandes Kärnten

SO DENKEN SIE DARÜBER

„Verzweifelter Hilferuf“

Kärntner Almwirtschaftsverein fordert in der Causa Almfutterflächen Minister-Reaktion.

Zur Almfutterflächenproblematik wurde in manchen Medien immer wieder berichtet, die Almbauern hätten ihre Flächen falsch vermessen bzw. zu große Flächen angegeben und damit ungerechtfertigt zu hohe Ausgleichszahlungen bezogen. Dazu ist festzustellen, dass bei der Antragstellung nicht die gesamte Almfläche, sondern nur die Futterfläche anzugeben ist. Das bedeutet, dass sämtliche Bäume, Zwergsträucher, Steine, Bäche, Wege usw. von der Gesamtfläche einer Alm in Abzug gebracht werden müssen, was die Almbewirtschafter vor eine nahezu unlösbare Aufgabe stellt.

Die Almfutterfläche lässt sich nämlich trotz der Zuhilfenahme von Luftbildern nicht messen, sondern kann nur subjektiv eingeschätzt werden. Dies gilt auch für die Ergebnisse der Vor-Ort-Kontrollen durch die AMA. Selbst für Experten liegen Futterflächenabweichungen auf Almen bis 20 Prozent im Toleranzbereich. Für Almauftreiber bedeuten allerdings schon sehr geringe Abweichungen (ab drei Prozent!

umgerechnet auf den Heimbetrieb) vielfach unverhältnismäßig hohe Strafzahlungen, vereinzelt in einer Größenordnung von mehreren zehntausend Euro.

Gäbe es eine objektive und messbare Methode zur Almfutterflächenangabe, würden sich die Almbauern sehr gerne daran halten! Zudem hat der Großteil der von Sanktionen und Rückzahlungen betroffenen Almbauern nie zu Unrecht öffentliche Gelder bezogen, sondern hätte auch mit der von der AMA reduzierten Almfutterfläche stets die gleiche Summe an almrelevanten Ausgleichszahlungen erhalten.

Nicht nachvollziehbar ist auch, dass Bauern, die ihr Vieh auf fremde Almen aufreiben, von Sanktionen betroffen sind, obwohl sie keine Einflussmöglichkeit auf die Flächenangabe des Almbewirtschafters haben.

Die Almfutterflächenproblematik ist längst nicht mehr die Angelegenheit einiger weniger, sie wurde zu einem Thema für die österreichischen Almbauern, das bei den zahlreichen Betroffenen zu Verunsicherung und Frustration geführt hat. Auch die Demonstration von rund 800 Almbauern in Fuschl/Salzburg war ein verzweifelter Hilferuf einer Bevölkerungsgruppe, die es ohnehin viel Überwindung kostet, für ihre Anliegen auf die Straße zu gehen. Wir haben daher auch Minister Berlakovich in einem offenen Brief aufgefordert, den Betroffenen endlich eine gerechte Lösung der Almthematik anzubieten. Ansonsten sehen wir uns gezwungen, durch weitere Protestmaßnahmen auf die unerträgliche Situation aufmerksam zu machen. **Josef Obweiger,**

Obmann des Kärntner Almwirtschaftsvereines, Millstatt

LIEBE IST ...



... eine Schulter zum Anlehnen.